

 **Bundeskanzleramt**

bundeskanzleramt.gv.at

Bundesministerin für Frauen,
Familie, Jugend und Integration

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen, Familie,
Jugend und Integration

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.273.154

Wien, am 14. Juni 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Lindner, Kolleginnen und Kollegen haben am 14. April 2021 unter der Nr. **6305/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „voller Diskriminierungsschutz für LGBTIQ-Personen“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4:

1. *Umfasst die im Regierungsprogramm angekündigte „Stärkung der Schutzmöglichkeiten gegen Diskriminierung in den unterschiedlichen Lebensbereichen“ eine Ausweitung des Gleichbehandlungsgesetzes zum Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität im Privatleben?*
 - a. *Wenn ja, wann wird ein entsprechender Gesetzesantrag vorgelegt?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.*
2. *Wenn die im Regierungsprogramm angekündigte „Stärkung der Schutzmöglichkeiten gegen Diskriminierung in den unterschiedlichen Lebensbereichen“ keine Ausweitung des Gleichbehandlungsgesetzes einschließt, welche konkreten Antidiskriminierungsmaßnahmen für LGBTIQ-Personen sind damit ansonsten umfasst?*

3. Welche konkreten Schritte hat Ihr Ministerium bisher für die im Regierungsprogramm angekündigte „Stärkung der Schutzmöglichkeiten gegen Diskriminierung in den unterschiedlichen Lebensbereichen“ gesetzt?
4. Welche konkreten Schritte sind seitens Ihres Ministeriums in Zukunft für die im Regierungsprogramm angekündigte „Stärkung der Schutzmöglichkeiten gegen Diskriminierung in den unterschiedlichen Lebensbereichen“ geplant? Bitte um detaillierte Auflistung.

Wie bereits in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 5290/J vom 10. Feber 2021 ausgeführt, erfordert der Schutz vor Diskriminierung als Querschnittsmaterie die Mitwirkung und Unterstützung aller Ressorts – aber auch der Länder und der Zivilgesellschaft. Auch die Strategie der Europäischen Kommission spannt einen thematisch sehr umfangreichen Bogen, der viele Ressorts und unterschiedliche gesetzliche Regelungen betrifft. Darüber hinaus darf ich im Hinblick auf die konkreten Maßnahmen auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 6203/J vom 9. April 2021 verweisen.

Zu den Fragen 5 und 6:

5. Wie stehen Sie zum „Proposal for a Council Directive on implementing the principle of equal treatment between persons irrespective of religion or belief, disability, age or sexual orientation“, COM (2008)?
6. Wurden seitens Ihres Ministeriums bzw. in Hinblick auf dahingehende Maßnahmen im Europäischen Rat bereits konkrete Schritte für den Beschluss dieses Richtlinienvorschlags oder die Erarbeitung einer entsprechend erneuerten Richtlinie gesetzt?
 - a. Wenn ja, welche?
 - b. Wenn nein, warum nicht? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Ich darf auf die EU-Jahresvorschau 2021 - Bericht der Bundesministerin für Frauen und Integration gemäß Artikel 23f Abs. 2 B-VG, auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 6203/J vom 9. April 2021 sowie auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 4196/J vom 17. November 2021 verweisen.

MMag. Dr. Susanne Raab

